

Mythos monetärer Wachstumszwang

Am Gelde hängt doch alles?

Im Postwachstumsdiskurs erfreuen sich Theorien eines monetären Wachstumszwangs großer Popularität. Jedoch stellt die Vielschichtigkeit des sozialen Phänomens Geld einseitige Kausalitäten infrage. Welche Bedeutung kommt dem Geldsystem wirklich zu?

Von Harry Schindler, Sebastian Strunz und Bartosz Bartkowski

Ist im aktuellen Geldsystem ein Wachstumszwang angelegt? Die seit der Finanzkrise wieder populären Forderungen nach zinsfreien und regionalen Geldkreisläufen oder Vollgeldsystemen stützen sich häufig auf eben diese These vom monetär begründeten Wachstumszwang.

Tatsächlich existiert der Verdacht, das Geldsystem bringe Wirtschaftswachstum hervor, schon lange. Bereits Goethes *Faust II* thematisiert Geld als zentralen Antriebsmotor der Wirtschaft – die Schöpfung von Papiergeld „aus dem Nichts“ begründet demnach die kapitalistische Wirtschaftsweise (Binswanger 1987). Diese Perspektive steht allerdings im diametralen Widerspruch zur herrschenden Meinung der Volkswirtschaftslehre, in der von der Neutralität des Geldes für Wirtschaftswachstum ausgegangen wird. Neutralität bedeutet hier, dass eine Änderung der Geldmenge keinen Effekt auf reale Größen einer Volkswirtschaft hat (Produktionsfaktoren, Güter etc.). Kurzfristig interagierten reale und nominale Variablen zwar – andernfalls hätte ja die Geldpolitik der Notenbanken zum Ausgleich konjunktureller Schwankungen keinen Sinn. Langfristig passten sich aber die nominalen Variablen den realen an. Insbesondere wäre es demnach nicht möglich, die reale Wirtschaftsleistung durch monetäre Stellschrauben (z. B. Erhöhung der Geldmenge) dauerhaft auf ein höheres Level zu heben.

Als prominentester Kritiker wandte sich Keynes entschieden gegen die Neutralitätsthese und verwarf sie in seinem Hauptwerk als falsche Trennung von interdependenten Variablen. Im Anschluss an Keynes entwickelte sich ein breites Spektrum heterodoxer Ansätze, die sich zwar in ihrer Ablehnung der Neutralitätsthese einig sind, ansonsten allerdings in verschiedene Unterströmungen zerfallen (vgl. Arestis/Sawyer 2006). Trotz der vielfältigen Unterschiede zeigt sich jedoch eine übergreifende Gemeinsamkeit. Geld steht nicht am „Anfang“ des Wirtschaftskreislaufs, im Sinne einer Spirale, an deren Ende

notwendigerweise reales Wachstum steht. Vielmehr erscheint Geld als Koprodukt realwirtschaftlicher Aktivität. Mit anderen Worten: Selbst wenn die Neutralitätsthese falsch ist (im Übrigen wird diese durchaus auch von einigen führenden Vertretern des Mainstreams kritisch diskutiert, vgl. Orphanides/Solow 1990), spricht dies nicht notwendigerweise für die Existenz eines monetären Zwangs zu realem Wachstum. Zur Erinnerung: Keynes ging von sich gegenseitig beeinflussenden realen und nominalen Variablen aus, die sich eindeutiger Kausalitäten entzogen.

Geld, Wachstum und Zwang

Bevor wir vier Lesarten monetärer Wachstumszwänge näher diskutieren, scheinen zunächst einige klärende Hinweise in Bezug auf die drei Kernbegriffe „monetär“ bzw. „Geld“, „Wachstum“ sowie „Zwang“ angebracht. Jeder dieser Begriffe weist viele Facetten auf, was zu Verwirrungen führen und gar zu falschen Schlussfolgerungen verleiten kann.

In Bezug auf das soziale Phänomen „Geld“ zeigen sich erhebliche Abgrenzungsprobleme. Insbesondere in der Postwachstums-Debatte ist mit „Geld“ oft nicht nur das Zahlungsmittel gemeint, sondern auch im weiteren Sinne das Dreigespann Kredit, Zinsen und Schulden. Die neoklassische Ökonomik hingegen unterscheidet klar zwischen Geld und Kredit, wobei für das hier besprochene Thema insbesondere der Umstand von Bedeutung ist, dass Kreditbeziehungen vollkommen ohne Geld stattfinden können (z. B. reiner Gütertausch). Dies verkompliziert bspw. monetäre Wachstumstheorien, die auf dem Argument basieren, dass zu irgendeinem Zeitpunkt zu wenig Geld im Umlauf sei.

Der zweite Begriff, „Wachstum“, stiftet ebenfalls ohne weitere Klärung potenziell Verwirrung. Er bezieht sich manchmal auf die Geschwindigkeit der Annäherung an das (hypothetische) maximale Potenzial einer Volkswirtschaft bei gegebener Produktivität, manchmal auf die Erhöhung dieses Potenzials. Ein Wachstumszwang, der lediglich die Geschwindigkeit der Ausschöpfung des gegebenen Produktionspotenzials der Wirtschaft betrifft, wäre von gänzlich anderer Tragweite als ein Zwang zur Erhöhung der Produktivität. Nur Letzterer bedeutet potenziell grenzenloses „Wachstum“.

Der dritte Begriff, „Zwang“, bezeichnet üblicherweise etwas Unumgängliches, die „Bestimmung der Situation in einem Bereich durch eine unabänderliche Gegebenheit, Notwendigkeit“ (Duden-Online). Die Postulierung eines Wachstumszwanges ist daher eine sehr starke Hypothese und impliziert die Un-

abänderlichkeit eines Zusammenhanges und damit auch die weitreichende These einer Unabhängigkeit von institutionellem und kulturellem Wandel.

Theorienvielfalt

Es kursiert eine ganze Reihe von Thesen unterschiedlicher Komplexität, die einen monetären Wachstumszwang oder zumindest -treiber konstatieren. Am unteren Ende der Komplexitätsskala: Schuldner müssen nicht nur ihren Kredit, sondern auch Zins und Zinseszins entrichten. Exponentielle Verzinsung führt somit zu exponentiellem Wachstum der Geldmenge. Dieses erzwingt reales Wirtschaftswachstum, da sonst Spekulationsblasen entstehen oder das Wirtschaftssystem anderweitig destabilisiert wird.

Diese Argumentationskette weist jedoch zwei Schwachstellen auf: Erstens muss die Zinszahlung ja keineswegs zwingend aus neu geschaffenen und damit zusätzlichem Geld erfolgen, sondern kann einfach aus dem gegenwärtigen Bestand stammen. Die Zinszahlung stellt in dem Fall eine reine Umverteilung von Geldvermögen dar, die Summe der Geldmenge bleibt konstant.

Zweitens ist es ja gerade strittig, inwieweit Geldmengenwachstum, sofern gegeben, zu Realwachstum führt. Auf theoretischer Ebene ist einzuwenden, dass eine Ausweitung schlicht zu einer erhöhten Inflationsrate, also zu einer Änderung der nominalen Preise führen kann. Dies muss zudem weder zwingend mit Krisen einhergehen, noch müsste ein solches Krisenpotenzial zwingend mit mehr Wachstum bewältigt werden. Ferner ist empirisch gezeigt worden, dass eine Ausweitung der Kreditvergabe Wachstum nur dann stimulieren kann, wenn eine Volkswirtschaft ihr durch die verwendeten Technologien gegebenes Produktionspotenzial noch nicht ausgeschöpft hat (z. B. Beck et al. 2014).

Eine zweite Argumentationslinie in Richtung eines monetären Wachstumszwangs richtet den Fokus auf die Anreizwirkung der Zinszahlung im Kontext von Geldkrediten. So verweisen etwa Heinsohn und Steiger (1996) darauf, dass die Kreditaufnahme einschließlich der erforderlichen Zinszahlung die Motivlage von Unternehmern nachhaltig verändere: Anstatt auf einem gleichbleibenden Niveau operieren zu können, zwingt das Zinszahlungserfordernis zur stetigen Produktivitätssteigerung. Der aus eigenem Profitmotiv nach Wachstum strebende Unternehmer sei daher ein Mythos.

Diese Analyse fußt jedoch auf dem Missverständnis, die Zahlung von (Geld-)Kreditzinsen sei nur durch Erhöhung der Produktivität möglich. Dass dies nicht der Fall ist, wird offenkundig, wenn Geld (Kredit) als Produktionsfaktor betrachtet wird: Ein Unternehmen muss aus diesem Blickwinkel (Real-) Kapital, Arbeit und Geld zusammenführen, um ein Produkt herzustellen. Sämtliche Faktorkosten gehen in die Preisbildung ein und werden anschließend über den Erlös am Markt gedeckt, ohne dass hierfür eine Produktivitätssteigerung zwingend erforderlich wäre.

Ein drittes Begründungsmuster für einen monetären Wachstumszwang popularisierte H. C. Binswangers Buch „Die Wachstumsspirale“ (2006). Es kann in gewisser Weise als elaborierte Synthese der vorangegangenen Thesen gelten. Das Kernargument lautet: Unternehmen könnten Kreditzinsen erst dann zurückzahlen, wenn diese zum Erwerb von Produkten des Unternehmens eingesetzt wurden und somit an das Unternehmen zurückgeflossen seien. Da aber, so die Annahme, die Kreditzinsen an potenzielle Käufer erst nach Rückzahlung des Kredits ausgeschüttet würden, könnten Unternehmen die Zinskosten nur durch neue Kredite begleichen, die wiederum investiert würden und somit Wachstum schufen.

Gegen diese Theorie lässt sich eine ganze Fülle von Einwänden formulieren (s. Strunz et al. im Erscheinen). Die zentrale Schwachstelle ist jedoch der Umstand, dass es die maßgebliche behauptete zeitliche Differenz so gar nicht gibt – nämlich jene zwischen dem Zeitpunkt der Kreditgewährung und dem Zeitpunkt der Wiedereinspeisung des Zinseinkommens in das Wirtschaftsgeschehen. So wird der Kreditzins für gewöhnlich bereits unmittelbar im Zuge der Kreditgewährung dem Eigentümer der verliehenen Geldsumme als Guthaben bereitgestellt. Der auf die Zinssumme bezogene Schuldtitel stellt schließlich einen Vermögenswert dar. Dieser kann noch im Vorfeld seiner Einlösung verkauft (gegen Geld getauscht) oder unter Umständen direkt als Zahlungsmittel verwendet werden und ist somit potenziell unmittelbar nachfragewirksam.

Eine vierte Herangehensweise zur Herleitung eines monetären Wachstumszwangs bietet Löhr (2012), der ein gängiges Theorem der Neoklassik, nämlich dass in einer stationären Wirtschaft der Realzinssatz bei null liegen müsse, mit Keynes Zinstheorie kombiniert: Da Menschen Liquidität schätzen (um auf unvorhergesehene Ereignisse reagieren zu können), besitzt Geldhaltung einen dauerhaften Wert. Der Realzins wird daher niemals auf null sinken, sondern findet bei der „Liquiditätsprämie“ seine Untergrenze. Solange aber ein positiver Zins existiert, lohnen sich weitere Investitionen und die Wirtschaft findet niemals ein Gleichgewicht mit Nullwachstum. Nun scheint jedoch erstens fraglich, ob das deterministische Setting der Neoklassik mit keynesianischen Elementen überhaupt kombinierbar ist. Zweitens erhoffte Keynes für die Zukunft ein entspannteres Verhältnis der Menschen zu Geld und ihre Befreiung von materiellen Zwängen. Er sah also die Zins-Untergrenze gerade nicht als ahistorische Konstante an. Ein kultureller Wandel zur Postwachstumsgesellschaft entledigte sich also dieses Hindernisses von selbst.

Postwachstumsstrategien

Die in der Wirtschaftswissenschaft dominierende These der Neutralität des Geldes ist auch fachintern nicht unumstritten (Orphanides/Solow 1990). Die Suche nach bislang unentdeckten monetären Einflusspfaden auf realwirtschaftliche Größen erscheint damit nicht von vornherein abwegig. Die hier vorgestellten, besonders im deutschsprachigen Raum populären

Thesen eines monetären Wachstumszwanges können jedoch nicht überzeugen.

Dies bedeutet zwar nicht, dass eine Reform des Geldwesens, etwa in Form eines Verbotes der Zinsnahme auf Geldkredite, keine wachstumshemmenden Folgen zeitigte. Es darf jedoch bezweifelt werden, ob eine solche Strategie dem Ziel der Gestaltung einer nachhaltigen Ökonomie besonders dienlich wäre: Zum einen haben derart radikale Reformen potenziell erhebliche Finanzmarktkrisen und in der Folge ggf. massive soziale Verwerfungen zur Folge. Zum anderen würde eine pauschal wirkende Anti-Wachstumsstrategie auch ökologisch nützlich Wachstum, etwa in Form von Effizienzinnovationen, betreffen. Folglich sind Postwachstumskonzepte erfolgsversprechender, die Wachstum selektiv in ressourcenintensiven Sektoren verringern.

Offene Fragen

Schließlich muss auch gefragt werden, ob nicht andere Stellschrauben im Fokus von Nachhaltigkeitsinitiativen stehen sollten, deren wachstumstreibender Charakter weitaus weniger kontrovers scheint: Hierzu zählen etwa werbebetriebener Statuskonsum, die auf Wachstum angelegten sozialen Sicherungssysteme oder die Tendenz in der Politik, Verteilungskonflikte über Wachstum anstatt durch eine tatsächliche Umverteilung des bestehenden Einkommens oder Vermögens zu befrieden. Eine wirksame und sozial verträgliche Postwachstumsagenda sollte diese Faktoren in den Vordergrund rücken und eine sektoral differenzierte Strategie entwerfen, anstatt ihre Reformenergie auf in ihrer Effektivität und ihren sozialen Folgen unsichere Geldexperimente zu konzentrieren.

Literatur

- Arestis, P./Sawyer, M.C. (Hrsg.) (2006): A handbook of alternative monetary economics. Edward Elgar.
- Beck, R./Georgiadis, G./Straub, R. (2014): The finance and growth nexus revisited. In: *Economics Letters* 124: 382–385.
- Binswanger, H.C. (2006): Die Wachstumsspirale: Geld, Energie und Imagination in der Dynamik des Marktprozesses. Metropolis, Marburg.
- Binswanger, H.C. (1987): Der Mensch als Herr der Zeit: Eine Deutung von Goethes Faust II unter dem Aspekt von Wirtschaft und Alchemie. In: *Zeitschrift für Sozialökonomie* 75: 3–11.
- Heinsohn, G./Steiger, O. (1996): Eigentum, Zins und Geld: Ungelöste Rätsel der Wirtschaftswissenschaft. Rowohlt, Reinbek.
- Loehr, D. (2012): The euthanasia of the rentier — A way toward a steady-state economy? In: *Ecological Economics* 84: 232–239.
- Orphanides, A./Solow, R. (1990): Money, inflation and growth. In: Friedman, B.M./Hahn, F.H. (Hrsg.): *Handbook of Monetary Economics*. North Holland, Amsterdam; New York. 223–261.
- Strunz, S./Bartkowski, B./Schindler, H. (im Erscheinen): Is there a monetary growth imperative?, In: Victor, P.A./Dolter, B. (Hrsg.): *Handbook on Growth and Sustainability*. Edward Elgar, Cheltenham, UK; Northampton, MA.

AUTOREN + KONTAKT

Harry Schindler, Sebastian Strunz und **Bartosz Bartkowski** sind wissenschaftliche Mitarbeiter am Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung.

Helmholtz Zentrum für Umweltforschung (UFZ),
Permoserstr. 15, 04318 Leipzig.
E-Mail: harry.schindler@ufz.de



Nachhaltigkeit

A-Z



Hans Holzinger
**Von nichts zu viel -
für alle genug**
Perspektiven

P wie Perspektiven

Die Kunst des guten Lebens und einer guten Wirtschafts- und Regierungsführung kann gelingen, wenn wir uns gemeinsam über deren Ziele und Inhalte verständigen. Dazu skizziert der österreichische Nachhaltigkeitsforscher Hans Holzinger verschiedene Aspekte von Wohlstand - vom Güterwohlstand über Zeit- und Ernährungswohlstand bis hin zum Beziehungswohlstand. Alle gemeinsam gilt es in Balance zu bringen. Der Autor zeigt, wie jede und jeder Einzelne dazu ganz praktisch beitragen kann. Gefordert sind aber auch Politik, zivilgesellschaftliche Organisationen und Unternehmen.

H. Holzinger

Von nichts zu viel - für alle genug
Perspektiven eines neuen Wohlstands

232 Seiten, broschiert, 18,95 Euro, ISBN 978-3-86581-794-5

Erhältlich im Buchhandel oder versandkostenfrei
innerhalb Deutschlands bestellbar unter www.oekom.de

Die guten Seiten der Zukunft

